

Man muß daher den Muth der dänischen Seeleute anerkennen, so ohne alle Rücksicht auf die Gefahr, selbst ihre Schiffe zu verlieren, ihren Haß gegen die Schleswig-Holsteiner an den Tag zu legen. Auf der andern Seite darf aber auch nicht den hiesigen Truppen die volle Anerkennung ihrer festen Haltung, ihres kaltblütigen Benehmens in diesem die Entschlossenheit und Unverzagtheit des Kriegers so sehr auf die Probe stellenden Gefechte verweigert werden, und der umsichtigen Leitung des hohen Führers muß ebenfalls alles gebührende Lob gezollt werden, was um so mehr sich herausstellen muß, da Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Coburg im Inlande schwerlich mit dem Seegefechte sich hat bekannt machen können.

Außer diesem nicht unwichtigen deutschen Siege ist sonst nichts von Bedeutung zu melden. Die Städte Hadersleben und Apenrade sind geräumt und von den Dänen besetzt worden. Jedoch wird in einem Schreiben aus Kiel der „Hamb. B.-H.“ authentisch mitgetheilt, daß die Instructionen des Generals Britzow sehr zufriedenstellend lauten, indem sie durchaus nicht vermuthen, daß wieder ein diplomatischer Krieg, mit ängstlicher Rücksichtnahme auf Schonung Dänemarks und die Ansichten der fremden Mächte, wie der vorige war (im Volk nennt man diesen den Kartoffelkrieg) geführt werden solle, vielmehr steht zu erwarten, daß der General den Dänen sehr ernstlich zu Leibe gehen werde und dem Einmarsch der Unsrigen in Jütland dürfen wir, falls, was Gott verhüten wolle, nicht neue Waffenruhe von deutscher Seite zugestanden würde, ehestens entgegensehen. In Kopenhagen sind 9 mecklenburgische Schiffe eingebracht. Der dänische Kriegsminister hat amtlich bekannt gemacht, daß am 5. die Blokade von Cammin, Swinemünde, Wolgast, Greifswalde, Stralsund und Rostock, und am 12. die von Pillau, Danzig, der Elbe, Weser und Jahde beginnen werde. Der König von Schweden hat die Ausrüstung eines Uebungsgehwaders angeordnet.

### Deutschland.

**C Berlin, 7. April.** Man sagt, daß es an diesem Abende in dem Vorsaale der hohen ersten Kammer zu scandalösen Auftritten gekommen sei, als die Rechte sich entfernte, um die Kammer damit unbeschlußfähig zu machen. In der zweiten Kammer wurde die Note vom Grafen Brandenburg mitgetheilt. Die wichtigste und stürmischste Sitzung der zweiten Kammer fand am andern Tage statt. Vincke und Gen. stellten motivirte Tagesordnung, während Kirchmann und seine Parthei ihre Adresse aufrecht halten wollten. Bodelschwingh, Arnim, v. Kleist-Regow und Bismarck u. s. w. stellten den Antrag auf einfache Tagesordnung und motivirten ihn durch Schwerin dahin, daß endlich die Revolution geschlossen werden müsse, d. h. dem losen Gewäsch von der alleinigen Souveränität des Volkes ein Ende gemacht werde. Waldeck suchte seine neuliche Schluppe, welche selbst seine eigenen Anhänger nicht verheimlichen können: daß das ein musterhaftes Volk sei, welches nur keinen Mord beginge, heute wieder gut zu machen. Die Märzhoffnungen, sagt er, sind wie mit einem Schwamm weggewischt von der Tafel der Geschichte, die Hoffnungen der Polen werden von den zur Kriegsmaschine eingefuchtelten Soldaten niedergehalten, der König wird nie davon eine Idee bekommen, welche Humanität in der katholischen Fußwaschung liegt — die Mission des Hauses Hohenzollern ist somit erfüllt. Das morsche, deutsche Reich ist von den Hohenzollern vollends aufgelöst. — Es ist kein Heil weiter für Deutschland, als Republik. — Nachdem noch die Minister und die Herren v. Berg und d'Estier, Herrn v. Vincke in den heißesten Worten seine Inconsequenz vorgehalten, wird der Schluß beliebt.

Die Kammer beschloß zuletzt alle gestellten Anträge zu verwerfen und keine Adresse zu erlassen. Die Sitzung hatte 7 Stunden gewährt. Die Sitzungen sind bis zum 11. April vertagt.

**C Berlin, 7. April.** Am 4ten April hatten beide Kammern Sitzungen. In der ersten waren Kuh und Gen. unzufrieden mit der Antwort, welche der König der frankfurter Deputation ertheilt hat; Milbe glaubt, daß sich die vaterländischen Angelegenheiten in Berlin nicht in guten Händen befinden. Die Genannten beantragen eine Adresse.

Am Nachmittage desselben Tages wurde die erste Kammer durch besondere Boten zusammenberufen, in welcher ihr die Circularnote, welche die Regierung Sr. Majestät an sämtliche in Deutschland accreditirte Preussische Gesandten erlassen, mitgetheilt wurde. Diese Note lautet:

Berlin, den 3. April 1849. Welche Eröffnungen Sr. Majestät der König der Deputation der deutschen National-Versammlung heut gemacht haben, die hierher gekommen war, um auf Grund der gefaßten Beschlüsse Allerhöchstdemselben die Kaiserkrone anzutragen, wollen Ew. — aus der Anlage entnehmen. Diese Rede bedarf weiter keiner Deutung. Während auf der einen Seite die Bedeutung der in Frankfurt getroffenen Wahl anerkannt, und in Folge derselben an die Spitze Deutschlands zu treten erklärt wird, haben Sr. Majestät auf der andern Seite festgehalten daran, daß die Verfassung Deutschlands nur im Wege der Vereinbarung festgestellt werde, und daß die getroffene Wahl nur durch das freie Einverständnis der Regierungen zur vollen Rechtsgültigkeit gelangen kann. Um diesem Einverständnis in keiner Weise vorzugreifen, um selbst den Schein eines indirekten Zwanges zu

vermeiden, ist auch nicht, wie es von mehreren Seiten erwartet wurde, unter Vorbehalt oder unter Voraussetzung des nachfolgenden Einverständnisses der Einzelstaaten die Annahme der Wahl ausgesprochen worden.

Je größere Gewissenhaftigkeit und Zurückhaltung in dieser Beziehung bewiesen worden, um so mehr ist aber auch die Regierung Sr. Majestät des Königs der Verpflichtung sich bewußt, so viel an ihr ist, die Geschicke Deutschlands auf der Bahn ihrer Entwicklung zu fördern und der ersehnten Vollendung entgegen zu führen. Sie hält sich daher jetzt für eben so verbunden, als berechtigt, in dieser Angelegenheit ein offenes Wort an die übrigen deutschen Regierungen zu richten. In Betracht, daß der Erzherzog Reichsverweser den Entschluß gefaßt hat, seine Stelle niederzulegen, und in Betracht der großen Gefahren, welche für Deutschland aus der Verwirklichung dieses Entschlusses erwachsen können, sind E. Majestät der König bereit, auf den Antrag der deutschen Regierungen und unter Zustimmung der deutschen Nationalversammlung, die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen. E. Majestät sind, dem ergangenen Rufe Folge leistend und eingedenk der Ansprüche, welche ihr Preußens Stellung gewährt, entschlossen, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bildet, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen möchten, die Formen dieses Bundesstaates werden namentlich davon abhängen, wieviel und welche Staaten sich demselben anschließen.

Mit Rücksicht aber auf die politischen Zustände von ganz Deutschland und auf die Lage, in welcher die deutsche Nationalversammlung sich gegenwärtig befindet, darf der zu fassende Beschluß nicht aufgehalten werden.

Ew. — wollen demnach an diejenigen deutschen Regierungen, bei welchen sie beglaubigt sind, die dringende Aufforderung richten, ohne allen Verzug besondere Bevollmächtigte in Frankfurt zu bestellen, welche bindende Erklärungen abzugeben im Stande sind:

1, über den Beitritt zum Bundesstaat und die Bedingungen, unter denen er erfolgt;

2, über die Stellung, welche die solchergestalt zu einem Bundesstaate zu vereinigenden Regierungen demnächst zu der deutschen National-Versammlung und denen von ihr bereits gefaßten Beschlüssen einzunehmen haben mit der Maßgabe, daß das Werk der Vereinbarung unverzüglich in Angriff genommen werde;

3, über das Verhältniß zu denjenigen deutschen Staaten, welche diesem Bundesstaate beizutreten Anstand nehmen, wobei es wünschenswerth und anzustreben ist, die noch bestehenden Bundesverhältnisse der neuen Staatsform anzupassen. Die Regierung Sr. Majestät wird binnen längstens 8 Tagen einen Bevollmächtigten in Frankfurt mit der erforderlichen Instruction und Autorisation versehen haben, und darf sich der Hoffnung hingeben, daß die übrigen Regierungen mit gleichem Eifer diese wichtige Angelegenheit behandeln und wenigstens ungehäumt ihre Erklärungen, so wie über das Provisorium, eben so über die übrigen Vorschläge hierher gelangen lassen werden.

Wir sind hiernach der zuversichtlichen Ueberzeugung, daß wir in den Stand gesetzt sein werden, binnen längstens 14 Tagen eine definitive Erklärung über die deutsche Sache abzugeben.

**Frankfurt, 6. April.** Sie können wohl denken, daß den Wählern ihr Weizen wieder in voller Blüthe steht. Das herrliche Wetter, welches wir seit längerer Zeit haben, kommt den Zusammenkünften im Freien trefflich zu Statte, und obgleich die Verordnung, daß 4 Stunden im Umkreise von Frankfurt keine Volksversammlung stattfinden soll, noch fortbesteht, so tragen doch die Eisenbahnen in einer halben Stunde über diesen Raum weg und man verbindet auf diese Weise eine Frühlingspartie mit dem politischen Zwecke. Heute ist die Versammlung in Heidelberg, die, da sie hauptsächlich von den Abgeordneten des Parlaments und der süddeutschen Kammern besucht wird, vielleicht noch am meisten eine parlamentarische Ordnung bewahren dürfte, für die Feiertage aber sind allgemeine, für alle Welt zugängliche Versammlungen angezeigt. Sonntag will man auf der Platte bei Wiesbaden, Montag in Rierstein zusammenkommen und Dienstag soll in Neustadt an der Haardt getagt werden. — Aus Hörensagen theile ich Ihnen mit, daß in der heutigen Zusammenkunft in Heidelberg der Vorschlag zu einem „Aufruf an das deutsche Volk“ gemacht werden soll. Auch will man die bekannte Urkunde, in welcher sich eine große Anzahl der bedeutendsten Mitglieder aus den Centren mit ihrem feierlichen Worte für die Aufrechterhaltung der Verfassung und des Wahlgesetzes in allen prinzipiellen Bestimmungen verpflichtet haben, drucken lassen und in möglichst weiten Umlauf setzen. Ich übergehe andere Pläne und Absichten, die man sich ins Ohr raunt, mit Stillschweigen, bemerke aber, daß die Niedergeschlagenheit und Enttäuschung der gutgesinnten, echt vaterländischen Partei leider so groß ist, daß ihren Gegnern rechts und links ungehinderter Spielraum bleibt. Wie mir von guter Quelle versichert wird, soll die Deputation bis Montag zurückzukehren gedenken. Ihre Aufgabe ist vollbracht, ein Mandat zu selbstigen Beschlüssen hat sie nicht. Sie wird also bereits Mittwoch Bericht erstatten können, und es ist kein Zweifel, daß die National-Versammlung darüber in sofortige Berathung tritt. Sie hat sich ja permanent erklärt und kann durch keinen